

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/34

19. Februar 1975

Die Schwäche des Dr. Helmut Kohl

Dem CDU-Vorsitzenden entgleiten die Führungszügel

Von Karl Liedtke MdB

Vorsitzender des Parteirates der SPD und Mitglied des
SPD-Fraktionvorstandes

Seite 1 / 46 Zeilen

Fortschritte für die Gleichheit vor dem Gesetz

Zum Stand der Einrichtung von Rechtsberatungsetellen
für Hilfsbedürftige

Von Dr. Hans de With MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
der Justiz

Seite 2 und 2a / 86 Zeilen

Der Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Das Nahostproblem und die Position Israels

Von Heinz Westphal MdB

Mitglied der nach Israel entsandten SPD-Delegation

Seite 3 bis 5 / 113 Zeilen

Ständige Reformen sind der einzige Weg

Bildungs- und Erziehungsfragen vor dem Europäischen
Parlament

Von Dr. Horst Seefeld MdB

Mitglied des Ausschusses für Jugend und Kultur im
Europäischen Parlament

Seite 6 und 7 / 81 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 83 37 - 38
Telefax: 06 99 946 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Die Schwäche des Dr. Helmut Kohl

Dem CDU-Vorsitzenden entgleiten die Führungszügel

Von Karl Liedtke MdB

Vorsitzender des Parteirat der SPD und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

In einem Interview mit der "Westfälischen Rundschau" hat sich der CDU-Chef Dr. Helmut Kohl um die Position des "großen Vorsitzenden" der Union bemüht. In seinen Ausführungen versucht er, über allen Gegensätzen und Querelen der Union zu schweben, wobei er offenbar meint, daß die von ihm produzierte aufrechte Denkart als Empfehlung für seine Kanzlerkandidatur gelten könnte. Als Markenzeichen für seine Partei freilich kann ihm das keinesfalls abgenommen werden.

Nach Kohl ist die Emotionalisierung der Bundesrepublik seit Jahr und Tag im Gange: ohne daß aber CDU und CSU irgendeine Schuld dafür tragen. Die Unions-Parteien würden - so Kohl weiter - nicht zulassen, daß eine pauschale Diffamierungskampagne noch einmal Platz greife. Der CDU-Vorsitzende verschließt damit ganz einfach die Augen vor der Diffamierungskampagne, die von Teilen der Union ins Rollen gebracht wurde und auch von ihm offenbar nicht mehr aufgehalten werden kann. Es ist nicht nur eine Frage des Geschmacks, wie er meint, ob man die Bundesrepublik als "Sautell" bezeichnet oder nicht. Manchmal gibt der politische Stil nämlich Auskunft über politische Ziele. Hinter radikalen Aussprüchen kann der radikale Machtanspruch stehen. Das Spiel mit der "Stärke" in der Politik kann schnell unkalkulierbar und für die Demokratie gefährlich werden. Es hilft wenig, wenn Dr. Kohl das Gesicht des Biedermanns zeigt, solange die Union viele Gesichter hat. Seine Toleranz gegen Strauß, Dregger und andere ist gleichzeitig seine Schwäche und beweist seine Unfähigkeit, Kurs zu bestimmen.

Der CDU-Vorsitzende will sich als Demokrat unter Demokraten bewegen und auch dem politischen Gegner den Patriotismus der Gesinnung nicht absprechen. Das ist in der Union ein "leichtgewichtiger" Standpunkt, und es wäre schlicht Etikettenschwindel, wollte man diesen Standpunkt für die gesamte Union verallgemeinern. Die letzte Rede des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Carstens in der "Extremistendebatte" des Bundestages ist noch zu gut in Erinnerung, ebenso etwa die Äußerung des hessischen CDU-Landesvorsitzenden Dr. Alfred Dregger im "Spiegel", mit der er der SPD die Existenzberechtigung abzuspochen versuchte. Von Strauß und seinem "Bayerkurier" soll in diesem Zusammenhang erst gar nicht die Rede sein.

Es wirkt etwas penetrant, wenn Dr. Kohl dann auch noch beteuert, die Union sei auf keinem Auge blind. Sie werde notfalls - wenn kein Gesetz zum Extremistenproblem im öffentlichen Dienst zustande kommen sollte - ein Verbot sowohl gegen Faschisten wie auch Kommunisten in Erwägung ziehen. Wer kann ihn eigentlich angesichts der täglichen Beschwörung einer ausschließlichen "Gefahr von links", der sich maßgebliche Unions-Politiker befleißigen, in seinem angeblichen Bestreben nach politischer Symmetrie noch ernst nehmen?

Strauß und seine CSU-Mannschaft ziehen den Wagen der Union. Was hilft es Dr. Kohl da noch, wenn er sich auf diesen Wagen schwingt, ohne die Zügel auch nur greifen zu können? Die Funktion eines "großen Vorsitzenden" ist längst auf einen anderen übergegangen.

(-/19.2.1975/bgy/pr)

+ + +

Fortschritte für die Gleichheit vor dem Gesetz

Zum Stand der Einrichtung von Rechtsberatungstellen für Hilfsbedürftige

Von Dr. Hans de With MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz

Rechte, die der Inhaber nicht genügend kennt, die er deshalb nicht in den vorgesehenen Formen und Fristen geltend zu machen weiß, sind häufig so gut wie verloren. Rechtskenntnis setzt aber in unserer Zeit die Beratung durch den juristischen Fachmann voraus. Fehlt es an den hierfür notwendigen Geldmitteln, so kann sich für den Bürger eine schwer zu beseitigende Schranke für die Wahrung seiner Rechte ergeben; sie wird ihn vielfach - möglicherweise zu lange - zögern lassen, um die Hilfe eines Mitglieds der rechtsberatenden Berufe in Anspruch zu nehmen. Daher ist es unumgänglich, Hilfsbedürftigen Personen im vor- und außerprozessualen Bereich unentgeltlichen oder wesentlich verbilligten Rechtsrat zu verschaffen, um so einer wirklichen Gleichheit vor dem Gesetz näherzukommen.

Dieses Ziel nach einem Ausbau des Rechtsschutzes für Hilfsbedürftige im vor- und außergerichtlichen Bereich war und ist seit langem vornehmlich ein von Sozialdemokraten verfolgtes Ziel. Vom Erfurter Parteitag 1890 mit der Forderung nach "Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes" über eine ganze Reihe von detaillierten Anträgen der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen bis zum Parteitag in Hannover 1973 spannt sich der Bogen. Wie nie zuvor hatten Gliederungen der SPD in Hannover Anträge zur Einführung von kostenloser und umfassender Rechtsberatung für Hilfsbedürftige gestellt. Hervorgehoben werden müssen in diesem Zusammenhang noch die ebenfalls langjährigen und verdienstvollen Vorarbeiten des Deutschen Anwaltvereins (DAV).

Der Bundesminister der Justiz hat 1973 damit begonnen, die interessierten Organisationen auf ihre Vorstellungen von der Lösung des Problems anzusprechen. Auf seine Anregung hat die Konferenz der Justizminister und -senatoren schließlich am 6./7. Mai 1974 den Ausbau der Rechtsberatung für Hilfsbedürftige erörtert und als Ergebnis Modellversuche der einzelnen Bundesländer zur Erprobung verschiedener Systeme befürwortet.

Dementsprechend haben seitdem alle Länder Beratungsstellen eingerichtet oder aber zumindest Voraussetzungen hierfür geschaffen oder aber doch inzwischen entsprechende Vorarbeiten geleistet. Ausnahmen hiervon bilden die Länder Hamburg und Berlin, die als Vorreiter ihre öffentlichen Beratungsstellen - die "ORA" in Hamburg und die Beratungsstellen bei den Bezirksämtern

in Berlin - bereits seit 1922 bzw. 1947 unterhalten. Diese Stellen, bei denen Hilfsbedürftigen kostenlos oder wesentlich verbilligter Rechtsrat erteilt wird, arbeiten mit nebenamtlich tätigen oder angestellten Juristen. Daneben gibt es noch zahlreiche von örtlichen Anwaltsvereinen auf freiwilliger Basis organisierte Beratungsstellen.

Bayern hat am 1. Januar 1975 an mehreren Orten mit zwei etwas unterschiedlichen Modellen begonnen. Sie sehen die Beratung durch Anwälte, teils in deren Kanzleien, teils in besonderen, von den örtlichen Anwaltsvereinen organisierten Beratungsstellen vor. Die Beratung ist für den Hilfsbedürftigen nur mit einer geringen Kostenbeteiligung von zehn DM verbunden, die auch erlassen werden kann. In beiden Fällen wird die Berechtigung des Ratsuchenden von der Rechtsantragstelle beim Amtsgericht geprüft, die an den Anwalt weiterverweist. Die Rechtsanwälte werden für ihre Beratung aus öffentlichen Mitteln entschädigt. Ein ähnlicher Versuch läuft seit dem 1. Dezember 1974 in drei Amtsgerichtsbezirken des Saarlandes. Rheinland-Pfalz hat in einzelnen Städten Beratungsstellen eingerichtet, die mit ehrenamtlich tätigen Richtern und Anwälten besetzt sind. Der Hilfsbedürftige wird dort kostenlos über den für die Wahrung seiner Rechte einzuschlagenden Weg beraten, weitgehender Beistand im Einzelfall wird den Rechtsanwälten überlassen. Schleswig-Holstein hat durch Erlaß vom 13. Juli 1974 Grundsätze für die Einrichtung von Rechtsauskunfts- und Beratungsstellen innerhalb der Bürgerberatungsstellen bei den Kreis- und Stadtverwaltungen geschaffen. Dort sollen ehrenamtlich tätige Anwälte, im Bedarfsfall auch andere ehrenamtlich tätige Juristen beraten. Für den Hilfsbedürftigen entsteht nur ein geringer Unkostenbeitrag.

In Hessen ist, sobald die haushalterrechtlichen Voraussetzungen geschaffen sind, beabsichtigt, öffentliche Beratungsstellen an einzelnen Orten einzurichten und diese mit ehrenamtlich tätigen Richtern und Anwälten zu besetzen. In Niedersachsen finden Verhandlungen zwischen dem Justizminister des Landes und den Organisationen der Anwaltschaft statt, um die Rechtsberatung hilfsbedürftiger Personen in partnerschaftlicher Arbeit von Justiz und Anwaltschaft auszubauen. Bremen hat die Einrichtung öffentlicher Beratungsstellen nach dem Vorbild Hamburgs erwogen. Vorläufig hat sich dort die Anwaltschaft bereitgefunden, für zwei Jahre eine kostenlose Rechtsberatung von Personen mit geringem Einkommen sicherzustellen. In Nordrhein-Westfalen wird an einer Kabinetttvorlage gearbeitet, wonach das Land bestehende Einrichtungen der Rechtsanwälte ermuntern und möglichst auch finanziell unterstützen will. In Baden-Württemberg besteht die Absicht, Rechtsberatungs- und Betreuungsdienste der Anwaltschaft zu organisieren. Zur Zeit werden Besprechungen des Landes mit den Anwälten geführt.

Nachdem damit Gewähr gegeben ist, daß schon nach einem Jahr umfangreiche Erfahrungen für ein entsprechendes Bundesgesetz - auch in bezug auf die finanzpolitischen Auswirkungen - vorliegen, ist auch Gewähr dafür gegeben, daß entsprechend der Absicht des Bundesministers der Justiz im Frühjahr 1976 ein Referentenentwurf erarbeitet und das noch in dieser Legislaturperiode ein Entwurf der Bundesregierung zum Ausbau des Rechtsschutzes für Bürger mit geringem Einkommen durch Einführung einer kostenlosen oder verbilligten vor- und außergerichtlichen Rechtsberatung vorgelegt werden kann.

(-/19.2.1975/ks/pr)

+ + +

Der Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Das Nahostproblem und die Position Israels

Von Heinz Westphal MdB

Mitglied der nach Israel entsandten SPD-Delegation

Während der Mann auf den Straßen Israels zwischen Hoffnung und Skepsis gegenüber den Erfolgsaussichten der von US-Außenminister Henry Kissinger betriebenen Kleinschritte-Politik in Richtung auf eine von allen gewünschte Friedensregelung hin- und hergerissen ist; und während die rechtsgerichtete Likud-Opposition versucht, schon die Zusage zu einem weiteren Entspannungsschritt mit Ägypten von Neuwahlen abhängig zu machen und damit die Regierung Rabin auszuhebeln; sind die führenden Männer der Arbeiterpartei, die in den wichtigsten Ministerämtern die Koalitionsregierung leiten, vorbereitet auf nüchterne Beratungen, die die Bereitschaft Israels zu Zugeständnissen enthält, wenn dafür Ägypten seinerseits vor allem politisch in Richtung auf Frieden wirkende Zugeständnisse macht. Ministerpräsident Yitzan Rabin verspricht sich von einem weiteren direkten Teilabkommen mit Ägypten deshalb etwas; weil die Erfahrung sowohl von Rhodes 1949 als auch von der Vereinbarung am Km-Stein 101 nach dem Jom-Kippur-Krieg 1973 zeigt, daß dann auch Syrien sich einreicht. Außerdem würde eine sofortige Rückkehr an den Tisch der Genfer Gesamtverhandlungen zu nichts führen, als zu sich übersteigernden Forderungen der dort versammelten arabischen Staaten. Außerdem käme dann das Thema der Teilnahme der PLO in den Vordergrund, die für Israel nach wie vor unannehmbar ist.

Die Frage, wann der geeignetste Zeitpunkt gekommen ist, die Sowjetunion in den Gang der Verhandlungen einzuschalten, um die man letztlich nicht herumkommt, weil deren Unterschrift für einen Gesamtabschluß gebraucht wird, scheint man in Israel noch vor sich herzuschieben. Die Äußerung israelischer Politiker, daß die Sowjetunion sich ja zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel entschließen könnte und dann die Möglichkeit für Direktgespräche mit der israelischen Regierung hätte, ist wohl ein zu leichter Ausweg aus einer ungeliebten Diskussion über die notwendige Definierung der Positionen, in welcher Rolle man diese zweite Großmacht im Nahen Osten zu ertragen schließlich bereit sein muß. Im Übrigen steht dieser Äußerung die ähnlich geartete von sowjetischer Seite gegenüber, daß die Israelis die sowjetische Führung bisher noch nicht gefragt

hätten, welche Grenzen Israels die Sowjetunion bereit sein würde zu garantieren, zumal das Existenzrecht des Staates Israel von Moskau nicht bestritten wird.

Interessant ist übrigens, daß der ehemalige israelische Außenminister Abba Eban die umgehende Rückkehr an den Verhandlungstisch in Genf empfiehlt, weil er meint, daß sonst - nach Zugeständnissen Israels auf dem Sinai im Rahmen der Kleinen-Schritte-Politik - anschließend in Genf die Sowjetunion noch zusätzliche Preise für ihre Zustimmung verlangen würde, um zu zeigen, daß es ohne sie nicht geht. Diese Äußerungen Abba Ebans werden von seinen Parteifreunden nicht gern gehört; doch es bleibt die Frage des politisch klügsten Zeitpunktes der vollen Einbeziehung der Sowjetunion.

Was die PLO anbelangt, so kann wohl niemand, der um die Verantwortlichkeit für den Terror sowohl bei Arafat selbst, als auch bei seinen meist noch radikaleren recht terroristisch-militanten Partnern im Kreis der arabischen Palästinenser-Organisationen weiß und der die Zielsetzung der Auslöschung Israels in den Statuten der PLO zur Kenntnis genommen hat, den Israelis verdenken, daß sie der Einbeziehung dieser PLO ein hartes Nein entgegensetzen. Doch die Ansichten der israelischen Gesprächspartner über die Vergänglichkeit der Bedeutung der PLO und über das Wieder-ins-Spiel-Kommen des jordanischen Königs Hussein, mit dem man einen Weg für die Regelung des Westbank-Problems als möglich ansieht, scheinen zu optimistisch. Die Israelis sehen wohl ein, daß sie zu lange allein auf die Notablen der Westbank gesetzt haben. Aber sie klammern sich noch daran, daß die bei den dort lebenden palästinensischen Arabern spürbare Zustimmung zu Arafats Aktion, das palästinensische Problem zum Thema der Weltpolitik gemacht zu haben, dann wieder verfliegt, wenn es um die Erhaltung ihres, im Vergleich zu den arabischen Massen in den anderen arabischen Ländern, relativen Wohlstandes geht. Auf diesen Wohlstand, den die von den Arabern ungeliebte Besatzungsmacht Israel für die arbeitende Bevölkerung mit der Politik der offenen Jordan-Brücken erhalten und mit den vielfach besseren Arbeitsverdiensten und sozialen Bedingungen für die Arbeitsplätze im israelischen Kernland, in ganz Jerusalem und auch in den Städten und Dörfern der Westbank selbst wesentlich nach oben gebracht hat, möchte man nicht mehr verzichten.

Gewiß, die Zeit ist vorbei, in der Israel das Problem der arabisch-palästinensischen Identität verdrängte oder ignorierte; schließlich haben auch wir dies erst lernen müssen. Es gibt auch die klare Bereitschaft der israelischen Führung, zur Lösung dieses Problems beizutragen, aber dies ist noch nicht mit dem Gedanken verbunden, daß dabei eine auf staatliche Selbstbestimmung gerichtete arabisch-palästinensische Repräsentanz dann der Verhandlungsgegenüber sein könnte, wenn er Israels staatliche Existenz aner-

kennt und endlich erkennbar für alle, insbesondere für die direkt betroffene israelische Bevölkerung, dem Terror abschwört. Die Formulierung dieser Bedingungen, die in unsere Politik bereits Eingang gefunden hat, kann man zwar im Einzelgespräch mit den auf Frieden in gesicherten Grenzen hinarbeitenden Israelis - wenn auch mit großer Skepsis - als Ausweg aus einer möglichen Sackgasse bejaht bekommen, aber man wird sie nicht als eigene israelische politische Forderung hören. Dazu sind die Erfahrungen mit dem Terror zu bitter und zu frisch. Außerdem wird die Propaganda-Rede Arafats vor den Vereinten Nationen mit der Verkündung des illusionären Ziels eines einzigen palästinensischen Staates unter seiner Führung mit Entfaltungsmöglichkeiten für alle dort lebenden Bevölkerungen - also die Abschaffung des Staates Israel - als Gegenbeweis vorgetragen.

Das in der Politik so beliebte Spiel mit der Frage, für wen denn wohl die Zeit arbeite, für welche Seite des Konflikts das Zuwarten mehr Vorteile bringe, wird also auch in Israel gepflegt und findet unterschiedliche Beantwortung. In einem für Israel äußerst wichtigen Bereich ist man sich aber im klaren, daß man keine Zeit hat, nämlich in der Frage einer dringend erforderlichen wirtschaftlichen Konsolidierung und Stärkung der eigenen Position. Um die Inflation zu bremsen, hat die Koalitionsregierung harte Maßnahmen nicht gescheut. Sie kann auf die Bereitschaft der Gewerkschaften bauen, die Entscheidungen der Pfund-Abwertung und deren schlimme Teuerungsfolgen mitzutragen, wenn die einschneidenden Folgen für die Arbeitnehmer sozial gerecht abgefangen werden. Dies bedeutet nicht nur einen für alle gleichen Teuerungsausgleich, sondern auch Änderungen im Einkommenssteuersystem. Uns Deutschen gegenüber machen die Israelis aber mit guten Gründen klar, daß sie ein stärkeres wirtschaftliches Engagement erwarten. Zwar weiß man die erreichten, wenn auch noch nicht ratifizierten Abmachungen mit der Europäischen Gemeinschaft, auf die man allerdings sehr lange warten mußte, zu schätzen, doch bleibt eine bei weitem unausgeglichene Import-Export-Bilanz zu Lasten Israels, ein zu geringes Investitionsengagement, das sich deutscherseits zu einseitig auf Hotelbauten konzentriert, und der Mangel an Entschlußkraft der EG, den Israelis endlich auch günstige europäische Kredite zu gewähren.

Diese Kritik sollte nicht lange berechtigt bleiben, denn dies ist der Bereich, in dem sowohl wir Deutschen als auch die EG konkret helfen können, unsere oft wiederholte Aussage der Existenzsicherung des Staates Israel materiell zu erfüllen. Während unsere Regierung ihr in Israel anerkanntes Engagement in Wirtschaftsfragen für europäische Krediteröffnungen in den EG-Gremien verstärken müßte, sollte der deutschen Industrie gesagt werden, daß es durchaus an der Zeit wäre, mit Herrn Sohl an der Spitze einer Delegation nicht nur nach Kairo zu reisen, sondern auch nach Jerusalem und Tel Aviv.

(-/19.2.1975/ks/pr)

+ + +

Ständige Reformen sind der einzige Weg

Bildungs- und Erziehungsfragen vor dem Europäischen Parlament

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Ausschusses für Jugend und Kultur im Europäischen Parlament

Die erste Rede des neuen deutschen Kommissionsmitgliedes Dr. Guido Brunner vor dem Europäischen Parlament war von allen, die sich für Erziehungsfragen interessieren, mit Interesse erwartet worden. Er beantwortete eine mündliche Anfrage, die im Namen des Jugend- und Kulturausschusses des Parlaments vorgelegt worden war, in der er wissen wollte, welche Maßnahmen die Kommission im Anschluß an die Entschliessungen der im Rat vereinigten Minister für Bildungswesen vom 6./7. Juni 1974 zu treffen gedenke.

Das Kommissionsmitglied hatte noch keine Gesamtpolitik für das Bildungswesen vorzuschlagen: "Wir müssen abwarten, bis der auf Grund der Entschliessungen des Rats eingesetzte Ausschuß für Bildungsfragen im kommenden Juni Bericht erstattet." Dr. Brunner konnte auch nur sehr geringe Fortschritte in anderen Bereichen vermelden. Ihm selbst ist eigentlich nichts vorzumerfen; seine Position ist schwierig, weil das Erziehungswesen und damit verbundene Bereiche an sich bislang nicht als prioritär innerhalb der Europäischen Gemeinschaft angesehen werden. Maßnahmen werden hier nur sporadisch dann getroffen, wenn ein besonderes Problem auftaucht und dieses aus wirtschaftlichen Gründen gelöst werden muß. Daß die Entschliessung des Ministerrats als einen der Grundsätze, die für die Zusammenarbeit im Bereich des Bildungswesens maßgebend sein sollen, die Formulierung enthält "das Bildungswesen darf unter keinen Umständen einfach als Bestandteil des Wirtschaftslebens angesehen werden" ist zu begrüßen, wird jedoch weitgehend nicht beachtet.

Artikel 57 des Vertrages von Rom, in dem es um die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Zeugnisse und anderer Befähigungsnachweise geht, ist der einzige Artikel, auf den sich die Zusammenarbeit im Erziehungswesen - und damit auf eine gemeinsame Bildungspolitik - stützen kann. Das Kommissionsmitglied Dr. Brunner hat diesen Punkt hervorgehoben. Er stellte fest, daß, falls der Ministerrat nicht bald zu einem Beschluß über die gegenseitige Anerkennung der Diplome komme, es weder eine Konvergenz im europäischen Erziehungssystem noch eine Harmonisierung der Strukturen geben werde. Von da müsse die Stimulanz für den Fortschritt bei der Harmonisierung kommen. Dies ist jedoch keine zufriedenstellende Grundlage für eine gemeinsame Erziehungspolitik: Harmonisierung, um die gegenseitige Anerkennung der Diplome zu erleichtern, die wiederum erreicht werden muß, um die Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit zu fördern. Das sind natürlich wichtige Ziele für die Gemeinschaft, insbesondere in Anbetracht der wirtschaftlichen Expansion, aber was haben sie mit einer Bildungspolitik zu tun, deren Ziel es sein sollte, jedem Individuum die Möglichkeit zu geben, seine sozialen, schöpferischen und intellektuellen Fähigkeiten voll zu entfalten?

Das Kommissionsmitglied Dr. Brunner sprach vor dem Europäischen Parlament sehr ausführlich über das Thema der gegenseitigen Anerkennung der Diplo-

me und der Niederlassungsfreiheit. Er wies darauf hin, daß die Niederlassungsfreiheit und der freie Dienstleistungsverkehr auf Grund von zwei Urteilen des Europäischen Gerichtshofes vom letzten Jahr, die auf Artikel 52, 59 und 60 des Vertrages fußen, schon eine Tatsache sind. Dies gilt jedoch nur für Angehörige freier Berufe. Eine weitere Komplikation ist, daß Richtlinien vom Rat angenommen werden müssen, so daß Rechtsbestimmungen in den Mitgliedsstaaten eingeführt werden können, um den Gebrauch dieser Freiheiten zu erleichtern. So gibt es in der Praxis die Niederlassungsfreiheit zur Zeit noch nicht für alle Berufe und auch nicht in allen Ländern.

Dr. Brunner war optimistisch hinsichtlich der Anerkennung der Befähigungsnachweise der Ärzte. Alle Voraussetzungen seien erfüllt. Die Verfahren und Bestimmungen für Ärzte sollten als Modell für andere Berufe dienen. Das ursprünglich für die Einführung der gegenseitigen Anerkennung vorgesehene Datum sei der 31. Dezember 1969 gewesen, als die Verhandlungen über die Ärzte begannen, und eine Richtlinie sei 1974 erwartet worden. So sei der Fortschritt nicht überwältigend. Selbst wenn dieses Ziel erreicht ist, fragt man sich, welche konkreten Auswirkungen dies für die Mehrheit der europäischen Bürger haben werde? Wie viele von ihnen, selbst in den freien Berufen, erfüllen die sprachlichen Voraussetzungen, um in ein anderes Land zu ziehen und sich dort niederzulassen? Wie steht es mit Schulen für ihre Kinder? Mobilität gibt es ja nicht einmal innerhalb der meisten Mitgliedsstaaten. Es sind ungeheuer viele Probleme zu lösen, viele Reformen und Neuerungen erforderlich, bevor eine Niederlassungsfreiheit relevant wird, ganz zu schweigen von dem Nutzen für die große Mehrheit der europäischen Durchschnittsbürger.

Ein positiver Abschluß war indessen Dr. Brunners Information an das Europäische Parlament, daß die Kommission bald bekanntgeben wird, was sie für die Ausbildung der Kinder von Wanderarbeitnehmern zu tun gedenkt. Hierbei handelt es sich um eine vom Rat auf seiner Tagung vom Juni 1974 festgelegten Prioritäten. Obwohl natürlich für diese Kinder besondere Vorkehrungen zu treffen sind, müßten sie in das normale Schulsystem integriert und in gleicher Weise behandelt werden wie einheimische Kinder.

Ein von Kommissar Dr. Brunner erwähnter Punkt verdient besondere Beachtung: Die fortgesetzten Reformen im Bildungswesen jedes Mitgliedsstaates sollten zu einer Konvergenz der Bildungssysteme führen. Dies ist sehr wichtig, denn es ist sinnlos, heute eine Harmonisierung auf der Grundlage der bestehenden veralteten Systeme vorzunehmen. Ständige Reformen sind der einzige Weg zu einer echten Konvergenz der Prinzipien einer Harmonisierung von Inhalt und Methode der Bildungssysteme der Gemeinschaft.

(-/ 19.2.1975/ks /pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller